

11. II. 1919

87

Die Mehl- und Brotquote.

Das Staatsamt für Volksernährung hatte für die in den Monaten Dezember und Jänner stattgefundenen Verhandlungen über die Zuschübe an Lebensmitteln eingehende statistische Materialien ausgearbeitet und dem Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission unterbreitet; in diesen Materialien war mit Rücksicht auf die lang andauernde Unzulänglichkeit der Ernährung und die Erschöpfung der Bevölkerung infolge der Knappheit an Lebensmitteln und dem vollständigen Mangel an Kartoffeln für die Berechnung der erforderlichen Zuschübe von Getreide und Mehl eine wesentlich höhere Brot- und Mehlquote zugrunde gelegt. Schon bei den Vorverhandlungen mit der interalliierten Lebensmittelkommission in Bern mußten jedoch die ursprünglich für die Berechnung zugrunde gelegten Quoten gekürzt und den damals in der Schweiz eingeführten Brot- und Mehlquoten angepaßt werden. Trotz aller Bemühungen der österreichischen Vertreter ist es bei den im Jänner in Wien erfolgten abschließenden Verhandlungen nur gelungen, von der interalliierten Lebensmittelkommission die Zusage für einen Zuschub von 24.000 Tonnen Getreide zu erhalten, mit denen für die Zeit eines Monats, und zwar von Mitte Jänner bis Mitte Februar, das Auslangen zu finden war. Mit dieser Menge ist — da Tirol und Vorarlberg derzeit unmittelbar von der Schweiz versorgt werden und Oberösterreich sich derzeit selbst und bis Ende dieses Monats auch noch Salzburg mit Mehl versorgt — der Bedarf der Stadt Wien, in der nächsten Zeit zum Teil auch jenes Niederösterreichs, dann der Bedarf von Steiermark und Kärnten zu decken. Diese Gebiete haben auf Grund der bisherigen Quoten einen Tagesgesamtbedarf von etwa 800 Tonnen, so daß mit den von der Entente zugesagten 24.000 Tonnen Getreide nur die Versorgung dieser Gebiete für dreißig Tage unter Beibehaltung der bisherigen Quoten gesichert werden kann. Da von den 24.000 Tonnen seit Mitte Jänner bis einschließlich 10. Februar bisher insgesamt nur 14.000 Tonnen Getreide und 1200 Tonnen Mehl in Deutschösterreich eingelangt sind, war selbst die Aufrechterhaltung der bisherigen Quote nur mit den größten Schwierigkeiten möglich, und an eine Erhöhung der Mehl- und Brotquote kann leider schon deshalb nicht gedacht werden, da die heimische Aufbringung und sonstige auswärtige Zuschübe nur ganz geringfügig sind. Es ist selbstverständlich, daß vom Staatsamt für Volksernährung alle Schritte getan werden, um eine bessere Mehlversorgung im Wege erhöhter Zuschübe von auswärts zu er ermöglichen. Diese Möglichkeit hängt jedoch nicht allein von uns, sondern von der Bereitwilligkeit der interalliierten Mächte ab. Eine Erhöhung der Quote ohne die Sicherheit regelmäßiger Zuschübe von auswärts würde die gegenwärtige Lebensmittelversorgung nur gefährden und könnte daher erst dann in Frage kommen, wenn ein entsprechender Zuschub für längere Zeit hinaus durchaus gesichert wäre.